

Der Bote vom Geising

Ercheint wöchentlich dreimal.
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zuträgen.

Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-
zeitung oder deren Raum 15 Pf., die 86 mm breite
Reklame u. Eingeladene ob. der. Raum 30 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: J. A. Kunzsch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kunzsch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßort Altenberg 11

Nr. 30.

Sonnabend, den 12. März 1927.

62. Jahrg.

Saar- und Dsfragen.

Wichtige Besprechungen Stresemanns in Genf.

Die für Deutschland in dieser Sitzungsperiode des Völkerbundesrates wichtigsten Fragen betreffen ohne Zweifel die Saarverhältnisse und die deutsch-polnischen Beziehungen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hatte längere Besprechungen mit dem polnischen Außenminister Jaleski, mit Briand, Vandervelde und dem britischen Staatssekretär für Äußeres, Chamberlain. Gegenstand dieser Besprechungen dürften wohl in der Hauptsache die Saarfrage und die deutsch-polnischen Beziehungen gewesen sein.

In der Saarfrage wird über ein Kompromiß verhandelt. Die Zahl der Mannschaften des Bahnschusses, die zwischen 300 (deutscher Vorschlag) und 800 (Vorschlag der Regierungskommission) liegen wird, dürfte ungefähr in der Mitte bleiben. Die Frage der Befugnis der Gerichtsbarkeit ist auf dem Wege der Regelung. Schwierigkeiten macht noch die Frage der Kasernierung und besonders die von der Saarregierung und dem französischen Delegierten geforderte Einsetzung einer besonderen Eisenbahnkommission außerhalb der Regierungskommission des Saargebietes, die der deutsche Delegierte bisher nicht zugestehen will. Hinsichtlich der Umbildung der Saarregierung spricht man von einer Einigung in der Richtung, daß man eine Verlängerung der Amtsperiode des zurückgetretenen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, des Kanadiers Stephens, zunächst bis zur Junitagung des Völkerbundesrates vorschlägt und diesen dazu bewegt, in eine solche Verlängerung einzuwilligen. In der Zwischenzeit soll dann die Gewinnung einer anderen geeigneten Persönlichkeit, und zwar ebenfalls aus den britischen Dominions, für diesen Posten versucht werden. Die Wiederwahl des belgischen Mitglieds Lambert wird wahrscheinlich vollzogen werden. Doch spricht man von der Absicht, dann durch seinen baldigen Rücktritt der Stimmung im Saargebiet Rechnung zu tragen. Von Seiten der deutschen Delegation wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen noch völlig im Gange sind, so daß zurzeit Abschließendes noch nicht gesagt werden könne.

Über die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Jaleski wird von der deutschen Abordnung offiziell folgende Mitteilung ausgegeben: „Der Reichsaußenminister empfing in Genf den polnischen Außenminister, Herrn Jaleski, und hatte mit ihm eine Unterredung, in der insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen Gegenstand der Besprechung waren. Auf Grund dieser Unterredungen werden die beiden Außenminister ihren Kabinetten Vorschläge unterbreiten, von denen sie eine Behebung der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten erhoffen.“ Der Inhalt der Unterredung zwischen Dr. Stresemann und Jaleski wird zunächst streng geheim gehalten. Man weiß jedoch in deutschen Kreisen darauf hin, daß der Verlauf der Unterredung befriedigend gewesen sei. Man darf annehmen, daß die in der amtlichen Mitteilung über die Ministerunterredung erwähnten Vorschläge, die die beiden Außenminister dem Kabinetten vorlegen wollen, im großen und ganzen die folgenden drei Gesichtspunkte umfassen:

1. Baldige Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.
2. Die von der polnischen Regierung vorgenommenen Ausweisungen bleiben bestehen; neue Ausweisungen werden nicht vorgenommen.
3. Das Niederlassungsrecht wird im Rahmen der allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen erledigt.

Junitagung des Völkerbundesrates in Berlin?

Das Pariser Blatt Petit Parisien, das stets ziemlich gut unterrichtet ist, bestätigt aus „bester Quelle“ die bereits gerüchtweise verbreitete Meldung, daß die nächste Sitzung des Völkerbundesrates im Juni d. J. unter dem Vorsitz Chamberlains in Berlin stattfinden wird.

Landtag.

Dresden, den 9. März. Den ersten Beratungsgegenstand der Sitzung am Mittwoch bildete die Regierungsvorlage, die einen einmaligen Sonderzuschuß an Bezirksfürsorgeverbände zur Bewilligung von Winterbeihilfen an notleidende Bedürftige in Höhe von 1 Million RM. vorseht. Der Ausschuß hatte sich für 3 155 000 RM. aus-

gesprochen, während die Linksparteien 10 Millionen forderten. Der Finanzminister erklärte sich mit dem Ausschußantrage einverstanden, lehnte aber die geforderten zehn Millionen entschieden ab. Von der langen Aussprache interessiert besonders die gegenseitige Abrechnung der Kommunisten und Linkssozialisten. Ausgerechnet die Abgeordneten Schminde und Liebmann beschwerten sich über die Schimpfereien zwischen den Vertretern der Proletarier. Liebmann illustrierte seine Beschwerden mit dem Zitate: „Nun sieht man, was ihr für Eitel seid.“ Und seine gehaltvolle Rede schloß er mit den poetischen Worten: „Ihr habt die Knochen wie ein Gaul und eine freche Stirn, dazu ein furchtbar großes Maul und nur ein kleines Hirn.“ Kommunisten und Linkssozialisten lächelten befriedigt, als der Präsident feststellte, daß derartige Dichtungen mit dem Beratungsgegenstande nichts zu tun hätten — und die „proletarische Einheitsfront“ war wieder hergestellt. Linkssozialisten, Kommunisten und Nationalsozialisten stimmten gemeinsam für die 10 Millionen, fanden aber nicht die erforderliche Mehrheit, so daß sie schließlich wohl oder übel dem Ausschußantrage zum Siege verhelfen mußten. Dann wurde lange über den kommunistischen Antrag wegen der Erwerbslosigkeit im sächsischen Malergewerbe gesprochen und dieser schließlich in der vom Ausschuß vorgelegten Fassung mit einem Minderheitsantrage, der Regierarbeiten für das Malergewerbe fordert, angenommen. Die übrigen 14 Punkte der Tagesordnung wurden gemeinsam besprochen. Es waren Anträge und Anträge, die sich mit der Entwicklung und Ausgestaltung der sächsischen Wohnungsgegebung beschäftigten. Sämtliche Parteien legten ihre prinzipielle Stellungnahme zu diesen Fragen dar. Der demokratische Redner forderte bei einer etwaigen Forderung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume Schutzbestimmungen im wirtschaftlichen Interesse der Mieter. Der deutsch-vollsparteiliche Redner trat für eine Forderung der Zwangswirtschaft unter Sicherung gegen etwaige Übergriffe der Hausbesitzer ein. Die Kommunisten und Linkssozialisten legten die Anträge ihrer Parteien vor, die sich für Mieterschutz und gegen Mietpreiserhöhungen einsetzten. Ein demokratischer Antrag erludt die Regierung, unverzüglich ein Wohnungsbauprogramm für den Zeitraum mindestens der nächsten fünf Jahre vorzulegen, das nicht nur den laufenden Jahresbedarf von 16 000 Wohnungen deckt, sondern auch die Möglichkeit schafft, den Wohnungsreichtbedarf in Höhe von 45 000 Wohnungen zu erstellen. Auf die Reichsregierung soll wegen der Finanzierung des Wohnungsbaues eingewirkt werden. Die Wirtschaftspartei wollte den § 4 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich dahingehend erweitert wissen, daß die Befreiungsvorschriften auch für die gewerblichen Räume gelten. Ein deutschnationaler Antrag will die Landwirtschaft von der Mietzinssteuer befreien.

Dresden, den 10. März. Die heutige Sitzung des Landtages begann bereits vormittags 11 Uhr. Zuerst wurde das Anleihegesetz beraten, durch das die Regierung ermächtigt werden soll, zur Deckung außerordentlicher Staatsbedürfnisse eine oder mehrere verzinsliche Anleihen im Gesamtbetrage von 100 Millionen RM. aufzunehmen. Die Redner der Linksparteien und Kommunisten lehnten es ab, der „reaktionären Regierung“ eine solche Blankovollmacht zu geben. Finanzminister Weber erklärte sich mit dem von den Gegnern der Anleihe aufgestellten Grundsatze einverstanden, sich mit den Ausgaben nach den Einnahmen zu richten, wies aber darauf hin, daß mit diesem schönen Grundsatze die Tatsache im Widerspruch stehe, daß die Linksparteien schon jetzt im Haushaltsauschluß A allein bei Kap. 31 Anträge gestellt haben, die eine Mehrbelastung des Etats um 10—12 Millionen RM. ergeben würden. Es sei nicht beabsichtigt, die ganze Summe von 100 Millionen RM. sofort aufzunehmen, sondern es solle nur der notwendige Staatsbedarf durch Teilanleihen gedeckt werden, um vor allem die Arbeitslosigkeit zu lindern. Die Aufwertungspartei hielt sich ihre Stellungnahme für die Ausschußberatungen vor. Der Entwurf ging an den Rechtsausschuß. Gegen einzelne Bestimmungen des weiter zur Beratung gelangten Schuländerungsgesetzes wandte sich der deutschnationale Redner. Er wies auf das Bedenkliche der beabsichtigten weiteren Beschneidung der Rechte der Gemeinden hin und warnte vor einer im Entwurfe vorgesehenen weiteren Möglichkeit der zwangsweisen Verletzung von Lehrern. Der Redner beleuchtete dann noch die finanzielle Auswirkung einer

Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer, die übrigens weder im Interesse der Gemeinden noch der Lehrer selbst liege. Ein großer Teil der Lehrer sei bereit, auf eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl zu verzichten. Nach kurzen Entgegnungen sozialistischer Lehrer ging auch diese Vorlage an den Rechtsausschuß. Dann begründete der Kommunist Lieberach den Mißtrauensantrag seiner Partei gegen den Arbeitsminister Elsner. Als letzten Grund des Mißtrauensantrages bezeichnete er die Haltung des Ministers in den letzten Kämpfen der Metall- und Textilarbeiter. Arbeitsminister Elsner wies die gegen ihn erhobenen Angriffe zurück und erklärte, daß die sächsische Regierung für die Handlungen der Reichsregierung nicht verantwortlich gemacht werden könne. Der linkssozialistische Abgeordnete Graupe erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu dem kommunistischen Mißtrauensantrag und versuchte glaubhaft zu machen, daß seine Partei nicht gegen den Linkssozialisten, sondern gegen den Arbeitsminister Elsner frontiere. Der linkssozialistische Redner behauptete, daß man aus einer politischen Gegnerchaft die Sache persönlich münze.

Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Linkssozialisten und Kommunisten abgelehnt, ebenso die kommunistischen Anträge auf Enthebung der Schlichter von ihrem Posten und auf Regelung entsprechend den Anträgen des Ausschusses. Nach 6 stündiger Verhandlung setzte das Haus schließlich die gestrigen abgebrochenen Beratungen über die Anträge wegen der Wohnungsangelegenheiten fort. Der Präsident erklärte, daß die Beratung heute unbedingt zu Ende geführt werden müsse. Ministerialdirektor Dr. Rittel verlas hierauf eine längere Regierungserklärung zu den Anträgen und Anträgen. Man entnahm daraus u. a., daß in Sachsen zurzeit 83 905 Familien ohne eigene Familienwohnung sind. 45 000 Wohnungen seien dringend notwendig. Ende März sei mit einem Wohnungsbau im Umfange der Vorkriegszeit zu rechnen. Für 1927 stünden etwa 110 Millionen RM. für den Wohnungsbau zur Verfügung. Der deutschnationale Redner kennzeichnete sodann die Richtlinien seiner Fraktion zur Forderung der Wohnungszwangswirtschaft. Abg. Dennhardt (Linkssoz.) erklärt, die Erklärungen der Regierung bewiesen ebenfalls nicht, daß der Zeitpunkt für eine Forderung der Zwangswirtschaft gekommen sei. Abg. Großmann (Wirtsch.) sagt, die Löhne im Baugewerbe hätten sich dem gestiegenen Geldwerte völlig angepaßt. Dagegen sei nichts einzuwenden, aber man müsse denselben Grundsatze auch für die Mieten gelten lassen. Abg. Härtel (Aufwert. u. Volksw.) meint, die Mietzinssteuer solle fallen und eine gerechte Aufwertung eintreten. Dann könne auch die Zwangswirtschaft fallen. Die Stellungnahme zu den Anträgen behalte sich seine Partei vor. Abg. Bethke (Linkssoz.) erklärt, an der Wohnungswirtschaft dürfe man jetzt grundsätzlich noch nichts ändern. Nach dem Schlusswort zweier Antragsbegründer werden die Anträge den Ausschüssen überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet Dienstag, den 15. März, nachmittags 1 Uhr statt.

Das japanische Erdbeben.

Von Stunde zu Stunde häufen sich die Meldungen über die entsetzliche Erdbebenkatastrophe, die Japan aufs neue betroffen hat. Es ist nach den neueren Berichten kaum mehr ein Zweifel, daß die Erklärung des Observatoriums von Osaka richtig ist, die besagt, daß man es mit dem folgenschwersten Erdbebenunglück seit 1854 zu tun hat. Das ist umso tragischer, als Japan befanntlich erst im September 1923 eine ungeheuer schwere Katastrophe über sich ergehen lassen mußte.

Die Meldungen über die Wirkungen der Katastrophe sind aufs tiefste erschütternd. Ein Berichterstatter, der die kleine Küstenstadt Amino an Bord eines Zerstörers erreichte, berichtet, daß sich die Flüchtlinge bei der Annäherung des Zerstörers in großen Scharen am Ufer versammelten. Alte und Junge, Männer und Frauen erzählten tief bewegt, daß alle Häuser in Amino beim ersten Stoß einstürzten. Unmittelbar darauf brachen an etwa dreißig Stellen gleichzeitig Brände aus. Binnen kurzen war die ganze Stadt mit ihren 600 Häusern in Flammen gefüllt. Zahllose Personen hatten keine Zeit mehr, sich zu retten, sie wurden unter den Trümmern der zusammenstürzenden Häuser begraben und verbrannt. Von der Polizei wird die Zahl der Toten in der Stadt Amino allein auf mehr